



Schramberg: Hallenbad-Preise beschlossen

Nach intensiver Debatte hat sich die Mehrheit von CDU und freier Liste durchgesetzt: Der Eintrittspreis fürs Hallenbad „badschnass“ kostet künftig vier Euro, ermäßigt zwei Euro. Wer anderthalb Stunden in der Früh oder am Abend baden gehen will, zahlt zwei beziehungsweise einen Euro.

SCHRAMBERG (him) – Dem Beschluss war eine heftige Debatte vorausgegangen, in der die Fraktion SPD/Buntspecht, die ÖDP und die Verwaltung vergebens für höhere Preise geworben hatten. Die grundsätzliche Struktur der Eintrittspreise hatte der Rat schon in seiner letzten Sitzung festgelegt, diesmal ging es um die Höhe der Eintrittspreise

Stadtwerkedirektor Peter Kälble hatte zu Beginn der Diskussion Zahlen geliefert. Je nach Preismodell liegen die Einnahmen aus dem Verkauf von Eintrittskarten bei angenommenen 50.000 Badbesuchern zwischen etwa 140.000 Euro (CDU-Modell) und 205.000 Euro. Der Abmangel für das Bad werde etwa 600.000 Euro betragen, rechnet man die Kapitalkosten hinzu gut 800.000 Euro.

Kälble appellierte auch, eine Geldwertkarte einzuführen. Diese war bisher nicht vorgesehen. Ohne eine solche Wertkarte funktionieren der Bäderbetrieb nicht, es würden sich Schlangen am Kassensautomat bilden. Statt der beschlossenen generellen Ermäßigung für Rentner wollte Kälble lieber nach Bedürftigkeit schauen.

Vergleiche man die Bäder aus der weiteren Umgebung mit dem Schramberger Badschnass lägen die Preise bei vergleichbaren Bädern zwischen 4,50 und fünf Euro. „Aquasol und Tuwass sind in einer anderen Liga.“ Jahreskarten gäbe es nur in einem Bad, ansonsten überall Wertkarten mit Rabatt. Einen Nachlass für Rentner gewähre kein einziges Bad in der Region, so Kälble. In den Freibädern würden Saisonkarten verkauft, „denn dann tragen die Badegäste das Schlechtwetterrisiko mit.“

In der Diskussion lobte CDU-Sprecher Clemens Maurer zunächst, dass der Badneubau im Kosten- und Zeitrahmen bleibe, erregte sich dann aber darüber, dass Kälble die vom Rat mehrheitlich beschlossene Struktur wieder in Frage gestellt habe. „Wir sind nicht gewillt, die Struktur zu ändern.“ Die CDU bleibe bei ihrem Vorschlag: vier Euro für Vollzahler zwei Euro ermäßigt. Die von der Verwaltung vorgesehene Jahreskarte solle statt 310 Euro für Hallen- und Freibad lediglich 250 Euro kosten.

Hans Jörg Fahrner mahnte für SPD/Buntspecht an die Verluste zu denken, der Abmangel von um die 900.000 Euro pro Jahr sei keine Kleinigkeit. Man solle das neue Bad zwischen Sport- und Spaßbad einordnen, das ein sehr gutes Angebot darstelle. Natürlich könne man alles immer weiter runter subventionieren. „Dafür werden wir Lob erfahren.“ Das Geld dafür müsse aber irgendwo auch

Schramberg: Hallenbad-Preise beschlossen

herkommen.

Freie-Liste-Sprecher Udo Neudeck schwoll der Kamm: „Ich fühle mich nicht ernst genommen“, zürnte er, weil Kälble die bereits abgelehnte Wertkarte wieder ins Gespräch gebracht habe. Für die Museen gebe die Stadt viel Geld aus, die Bürger fragten: „Wann tut ihr was für uns?“ Und plädierte für den CDU-Antrag.

Peter Kälble versicherte, die Stadtwerke verstünden sich als Dienstleister und würden umsetzen, was der Rat beschließt. Bernd Richter, ÖDP, argumentierte für den Vorschlag der Verwaltung fünf Euro und drei Euro. Ein, wie bei der CDU möglicher Kurzschwimmtarif von einem Euro, sei „ein Witz, damit machen wir uns fast schon lächerlich.“ Johannes Grimm (CDU) erinnerte an die Durchschnittsrente von 900 Euro und die Gesundheitkomponente, die das Bad eben auch habe.

Reinhard Günter SPD/Buntspecht dankte Kälble für die konkreten Zahlen zu den Auswirkungen der verschiedenen Modelle. Er forderte die Preise so zu gestalten, „dass wir eine ordentliche Deckung hinbekommen.“ Jürgen Reuter (CDU) meinte, die Unterschiede betrügen nur fünf bis sechs Prozent. Sein Fraktionskollege Uli Bauknecht wünschte eine genauere Definition der Familienkarte. Schließlich stellte OB Thomas Herzog den CDU-Antrag zur Abstimmung. Mit 13 zu elf Stimmen erhielt er die Mehrheit. Zwei CDU-Fraktionsmitglieder, Gaby Flaig und Dominik Dieterle, enthielten sich.

Weiter beschloss der Rat, dass in einem Jahr die Stadtwerke berichten sollen und dann die Preisstruktur gegebenenfalls geändert werden kann. Auch sollen die Stadtwerke auf Wunsch der CDU prüfen, ob der längst bestellte Kassenautomat fürs Bezahlen mit Smartphones hochgerüstet werden kann.